Harding lehnt die Weltwirtschaftskonferenz vorläufig ab.

Präsident Harding hat den Senat aufgefordert, den Antrag des Senators Borah über eine neue Abrüstungskonferenz nicht anzunehmen, weil ihm dies bei den Verhandlungen behindern würde, die bereits wegen einer internationalen Wirtschaftskonferenz geführt würden. Es scheint, daß Harding verschiedene Wochen darüber sondiert hat, ob eine Wirtschaftskonferenz erwünscht sei.

Gestern nun hat Borah einen Brief Hardings im Senate verlesen, in dem der Präsident diese ganze Konferenz zurückweist — vielleicht weil ihm die befragten Staaten kein genügendes Entgegenkommen gezeigt haben. In diesem Briefe heißt es u. a.: Die Vereinigten Staaten können es nicht auf sich nehmen, einem Volke zu sagen, was ein anderes zahlen solle, und einem anderen, was es als Zahlungen annehmen müsse. Ich warne den Senat, Anregungen zu geben, die nicht erfüllt werden können, bevor nicht die übrigen Völker ihre Bereitwilligkeit ausdrücken, mit uns zusammenzuarbeiten.

Lausanne.

Trotzdem die Türken bereit waren, nicht nur in der Meerengenfrage, sondern auch in der Frage der Minderheiten viel weiter entgegenzukommen, als man zunächst annehmen konnte, ist die Friedenskonferenz vor Lausanne jetzt in ihr kritischstes Stadium getreten. Ueber den Widerspruch der Russen wären wir zur Tagesordnung übergegangen, aber England hat plötzlich Ansprüche auf Mossul erhoben, denen die Türken nicht zustimmen wollen und können. Wie gespannt dadurch die ganze Lage im nahen Osten wieder geworden ist, zeigt sich darin, daß die englische Mittelmeerflotte, die von Konstantinopel zum Weihnachtsurlaub nach Malta gekommen war, wieder nach Konstantinopel zurückgedampft ist.

Der Allrussische Rätekongreß.

Am Dienstag wurde der Allrussische Rätekongreß mit einem Bericht Kamenews über die innere und äußere Politik der Sowjetregierung eröffnet, in dem erklärt wird, daß die Schaffung eines Bundes der Sowjetrepubliken, die die Aufgabe des gegenwärtigen Kongresses darstelle, den Abschluß des Bürgerkrieges bilden solle. Zur auswärtigen Politik Sowjetrußlands betonte Kamenew, daß die Zeit vorüber sei, da Rußland gezwungen war, jedweden Vertrag zu unterzeichnen. Rußland gehe nur noch solche Abkommen ein, die seinen staatlichen und wirtschaftlichen Interessen entsprächen. Als Muster eines solchen könne der Vertrag von Rapallo gelten. Hinsichtlich der Beziehungen zu Amerika erklärte Kamenew, daß die Sowjetregierung auf den Vorschlag Amerikas, eine Studienkommission nach Rußland zu entsenden, mit der Forderung geantwortet habe, eine russische Studienkommission nach Amerika schicken zu dürfen. Im übrigen wies Kamenew auf das Auftauchen einer neuen bürgerlichen Gruppe mit den Senatoren Borah und La Follette hin, die in ihr Programm die Anerkennung der Sowjetmacht aufgenommen hätten.

Die Lausanner Konferenz bezeichnete Kamenew als ein Duell zwischen England und dem Bunde der Sowjetrepubliken, das auf dem Rücken des türkischen Volkes ausgefochten werde. Daß der Türkei in Freundschaft verbundene Sowjetrußland werde auch dann noch die Souveränität der Türkei verteidigen, wenn die türkische Regierung nicht mehr in der Lage sein werde, das selbst zu tun. Die Türkei sei anscheinend bereit, den Westmächten große Zugeständnisse zu machen. Sowjetrußland werde diesen Konzessionen nicht zustimmen, weil es sehr wohl wisse, daß die Forderungen Curzons, die Meerengen für die Durchfahrt fremder Kriegsschiffe freizugeben, den Schauplatz eines künftigen Krieges nur erweitern können. Sowjetrußland wolle das Schwarze Meer vor jeder Möglichkeit eines Krieges bewahrt sehen. Dafür gebe es nur einen Weg, nämlich die Ufer des Schwarzen Meeres für den Handel freizugeben und die Meerengen für Kriegsschiffe zu verschließen. Unter Dokumente, die der feindlichen Flotte freien Zutritt zu den Ufern des Schwarzen Meeres gäben, könne die Sowjetregierung nicht ihre Unterschrift setzen.

Clemenceau

der „Tiger" wird überall aufs heftigste heruntergekritisiert, sogar in Elsaß-Lothringen, für dessen Befreiung er doch soviel getan hat.

Die schärfste Kritik findet sich bisher in einer Zuschrift aus Paris, die die „Straßburger Freie Presse" veröffentlicht:

„Frankreichs ältester, verwegenster, rücksichtslosester und temperamentvollster Staatsmann ist nach Amerika gefahren, um den Neuweltlern zu sagen, daß sie mitschuldig würden an der Wirtschaftskatastrophe, die über Europa hereinzubrechen droht, wenn sie sich nicht entschlössen, einzugreifen. Täte Clemenceau sonst nichts, beschränkte er sich darauf, daß Herren und Damen in der Metropolitan-Oper oder in den Riesenhallen Chicagos seinem westeuropäisch verfeinerten Chinesenschädel zujubeln, so könnte er sich um Frankreich, um ganz Europa verdient machen. Denn daß die Enthaltungspolitik der Vereinigten Staaten von Nordamerika im Widerspruch steht nicht nur zu der entscheidenden Rolle, die Amerika im Weltkriege spielte, sondern vor allem zu den engen unzerreißbaren wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den Ländern der ganzen Welt — darüber ist sich ganz Europa einig. Da Clemenceaus Name seinen Worten Flügel gibt, so wäre es denkbar, daß seine Pilgerfahrt nützliche Wirkungen erzielen könnte. Unter einer Bedingung: daß Herr Clemenceau nicht versuchte, die Predigten zu einer Verteidigung jener Politik zu machen, die mit seinem Namen auf immer verknüpft sein wird.

„Hätte ich gewußt, daß uns England und Amerika bei der Eintreibung der deutschen Schulden im Stiche lassen werden, hätte ich die Rheinlande nicht aufgegeben!" rief er, den Havas-Telegrammen zufolge in Neuyork aus. Der Vorderste ist nicht minder erstaunlich, als der Nachsatz. „Hätte ich gewußt . . ." — wie konnte er denn wissen, daß England, dessen ganze Jahrhunderte alte Geschichte den Beweis dafür liefert, daß es stets die Hegemonie einer Macht auf dem Festlande zu verhindern wußte, nun plötzlich eine französische Hegemonie zulassen würde! Denn darum handelte es sich, wenn die bei der Abfassung des Versailler Friedensvertrags festgelegten Bestimmungen ernsthaft durchgeführt worden wären. „Dann hätte ich — . . ." Dann hätte es was? Das Rheinland annektiert? Und das wagt er den Amerikanern im November 1922 zu sagen! Welch seltsame Art, Frankreich gegen die Verleumdungen zu verteidigen! Das Frankreich Annektionsabsichten im Rheinlande gehabt und vielleicht noch habe, das ist eine der gefährlichsten Beschuldigungen — Verleumdungen, sagt Clemenceau —, die gegen Frankreich geschleudert werden. In seiner letzten großen Kammerrede hat Herr Raymond Poincaré ebenfalls gegen diese Beschuldigungen protestiert. Und nun stellt sich Clemenceau in Neuyork hin ruft aus: „Hätte ich gewußt, so hätte ich meine ursprünglichen Rheinlandsforderungen aufrecht erhalten!"

Herr Clemenceau hat noch andere Dinge gesagt. „Es sind Beweise dafür vorhanden, daß Deutschland einen neuen Revanchekrieg vorbereitet." So steht wenigstens wörtlich im offiziellen Havas-Telegramm. Darüber wird Herr Clemenceau dem französischen Volk Rechenschaft abzulegen haben. Entweder sind diese Beweise wirklich vorhanden, dann hat Herr Clemenceau kein Recht, sie dem französischen Volke und der Welt zu verbergen; durch ihre Vorlegung muß er beweisen, daß er nicht versucht hat, Frankreichs Rechte im Ausland mit vergifteten Argumenten zu verteidigen. Oder Herr Clemenceau hat ins Blaue der Verdächtigung hineingesprochen, und dann verdient er gebrandmarkt zu werden. Denn, wenn es seine Pflicht wäre, die Beweise nicht für sich zu behalten, wenn sie existieren, so wäre es nicht minder seine Pflicht, keine Panikstimmung zu schaffen. Glaubt er, das internationale Gleichgewicht wieder herstellen zu können, durch Schaffung neuen Mißtrauens? Clemenceau hat nie Wert darauf gelegt, ein großer Diplomat zu sein, um seines Temperaments, seines Alters und seiner Verwegenheit willen, hätte man ihm vieles verzeihen können. Aber nachdem er „ohne Mission" die Fahrt über den Ozean antrat, dürfen wir seine Aktion am Maßstab der wirklichen Verhältnisse messen. Und die hätten sicherlich anderes erfordert, als das, was Clemenceau den Amerikanern zu sagen für gut befand."

Nicht minder gut gemeint ist ein Artikel im „Morgenbladet" zu Christiania, in dem ausgeführt wird: Man habe Clemenceau bei seiner Ankunft in den Vereinigten Staaten einen kleinen Tiger aus Gold überreicht, und dieses Geschenk sei wohl ein Symbol für die Clemenceau-Poincaresche Revanchepolitik gegenüber Deutschland seit 1918. 132 Milliarden Goldmark habe Deutschland nach dem Versailler Friedensvertrag zu zahlen, und solange diese Summe nicht erstattet sei, halte Frankreich das Rheinland mit seiner Armee besetzt, deren Unterhaltung allein sechs Milliarden Goldmark ausmache, ein Betrag, der größer sei, als im Jahre 1871 die gesamte französische Kriegsentschädigung.

Der Artikel schildert dann weiter Frankreichs Politik Deutschland gegenüber und meint, daß es zur Sicherung seiner Entschädigungsansprüche nach wie vor die Verlegung seiner Grenze an den Rhein erstrebe. Die Zahlungsunfähigkeit Deutschlands führe diesem Ziele näher, in dieser Richtung bewege sich daher auch der Vorschlag, der durch die Okkupation des Rheinlandes die gänzliche Desorganisation der deutschen Industrie zu erreichen hoffe. „Der Tiger sammelt sich zum Sprung. Entweder zahlt Deutschland und geht vor die Hunde — oder Deutschland zahlt nicht, dann bleibt Frankreich am Rhein stehen, in diesem ausschließlich deutschen Land, für Zeit und Ewigkeit — nur zur eigenen Sicherheit —. Ebenso wie Israel sich in der Wüste ein Kalb errichtete und umtanzte, so sehen wir nun die französische politische Phalanx die sich um Poincaré sammelt, im Begriff, einen wilden Kriegstanz um den französischen Goldtiger auszuführen, den Revanchetiger, der mit aufgerissenem Rachen gegen den Rhein steht, suchend, was er verschlingen könne. Sollen die 20 Millionen Deutsche, von denen Clemenceau meinte, daß sie „zu viel" seien, wirklich seine Beute werden?"

Von Stadt und Land.

Aue, 30. Dezember 1922.

Silvester.

Es lebt uns morgen nacht hinüber in ein neues Jahr. — Eigentlich ist garnichts weiter dabei: eine Nacht, wie alle anderen Nächte hervorgerufen durch die Umdrehung der Erde um ihre Achse. Alles, alles bleibt in Fluß— nur die Menschen haben einen Einschnitt abergläubischer Eigensinnigkeit in eine Kreislinie gemacht, die keinen Anfang und kein Ende kennt für menschliches Ermessen. —

Und doch bedeutet dieser unsichtbare Einschnitt so unendlich viel für unser Gefühlsleben — also gerade für diejenige Seite unseres Wesens, die vom praktischen Jahresschlusse doch am allerwenigsten betroffen wird. Dieser Silvesterabend bringt die Stunden, da man am allermeisten etwas von der resignierten Stimmung erfährt, die Eleonore Fürstin Reuß unvergleichlich schön niedergelegt hat:

„Das Jahr geht still zu Ende
Nun sei auch still mein Herz."

In diesen Stunden überkommt jeden, der sich im Lärm des Tages noch ein klein wenig die Fähigkeit versonnenen Nachdenkens bewahrt hat, mag er nun sonst christgläubig sein oder nicht, so etwas wie geheimnisvolle Sehnsucht „in Gottes treue Hände" alles, „was dies Jahr umschlossen", zu legen.

Warum diese Resignation? Stehen wir am Grabe von Hoffnungen?

Nein! Hoffnungen haben Unsterblichkeit! Sie stehen wie vom Morgensonnenstrahl erleuchtete Wolken ewig vor uns in göttlicher Unbekümmertheit, vielleicht ewig fern, weil ewig von unserer Phantasie neugestaltet, ewig von neuem Lichte umgoldet, das aus unseren eigensten Seele fließt.

Kein Grab von Hoffnungen. Kein Vergehen und Verlöschen dieser Traumgebilde.

Aber doch so etwas wie eine Einsicht, daß wir wie Kinder nach ihnen die Arme ausstrecken und doch nicht weiterkommen, daß wir nicht leben — denn unser Leben würde ein Fliegen werden — sondern daß es uns lebt, unerbittlich langsam, einem Grabe zu, jenseits dessen immer noch, wenn wir auch dann nicht mehr sehen können, der Traum einer Menschheit leuchten wird. —e.

• • •

Neue Romanfolge. Wir beabsichtigen im neuen Jahre die Auswahl der Romane, die in unserer Zeitung veröffentlicht werden sollen, nach anderen Gesichtspunkten stattfinden zu lassen, als bisher. So beginnt mit der heutigen Nummer der Abdruck der Novelle von

Storm: Aquis submersus.

Der Name eines Storm ist bekannt genug, als daß noch besonders darauf hingewiesen werden müßte. Trotzdem bitten wir die geehrte Leserschaft, uns in unseren Bestrebungen entgegenkommen zu wollen.

Neues Geschäft. Im Hinblick auf die weitere Entwertung der Mark hat die Reichsfinanzverwaltung entschlossen, Banknoten in weit höheren Nennwerten zu drucken, als es bisher geschehen ist. Der Reichsfinanzminister hat dem Reichsrat eine Vorlage zugehen lassen, die die Ausprägung von Münzen im Nennwerte von 10, 20, 50, 100, 200 und 500 Mark vorsieht. Da es sich nicht um Währungsgeld, sondern um einen Ersatz für Scheidemünzen handelt, soll niemand verpflichtet sein, Ersatzmünzen im Betrage von mehr als dem Zwanzigfachen des Nennwertes der einzelnen Münzen in Zahlung zu nehmen. — Nach einer anderen Darstellung sollen nach der Vorlage des Finanzministeriums bei den jetzigen Prägungen in den staatlichen Münzen nur Metallblättchen in verschiedenen Größen ausgeprägt werden. Es sind besondere Werte vorgesehen, von denen die höheren einen schmalen Kupferstreifen tragen werden. Durch den neuen Gesetzentwurf ist dem Reichsrat nun das Recht zuerkannt worden, erst im letzten Moment zu entscheiden, welche Ziffern auf diese Blättchen geprägt werden sollen.

Streikgerüchte bei der Reichsbahn. Eine Berliner Korrespondenz meldet, daß aus zahlreichen Reichsbahndirektionen erneut Nachrichten kommen, daß an einigen Stellen infolge der regen Tätigkeit kommunistischer Agitatoren mit Arbeitseinstellungen gerechnet werden muß. Besonders in den Reichsbahndirektionen im Westen und in Schlesien ist in den letzten Tagen die Streikbewegung im Wachsen. In den Feiertagen haben Versammlungen stattgefunden, in denen sofortiger Streik gefordert wurde, wenn die Regierung nicht eine Lohnnachzahlung für Dezember gewähren sollte. Dem Deutschen Eisenbahnerverband sind von einigen Ortsgruppen derartige Entschließungen übermittelt worden, ohne daß man in der Spitzenorganisation zu diesem Verlangen bisher Stellung genommen hat. Die anderen Gewerkschaften halten an ihrem Beschluß vom 22. Dezember fest, daß die Streikenden nicht unterstützt werden können. Man hofft in maßgebenden Kreisen, daß Teilausstände, falls die Gewerkschaften sie nicht verhindern, doch auf ihren Herd beschränkt bleiben. Ein Uebergreifen der Bewegung auf Mittel-, Nord- oder Süddeutschland wird jedenfalls nicht befürchtet.

Ablieferung der Steuermarken 1923. Vom Finanzamt Aue wird uns geschrieben: Im Monat Januar 1923 hat jeder Arbeitnehmer sämtliche für ihn geklebte Steuermarken für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 1922 an das aus seinem Steuerbuche für 1922 ersichtliche Finanzamt zu übergeben oder einzusenden. Um Zeit und Fahrkosten zu ersparen, kann allen Arbeitnehmern, namentlich den in ländlichen Bezirken Wohnhaften, nur dringend empfohlen werden, die Einsendung der Steuermarken auf dem Wege der eingeschriebenen Sendung zu bewirken. Den Arbeitnehmern wird empfohlen, die dem Steuerbuche für 1923 beigefügte vorgedruckte Empfangsbescheinigung selbst auszufüllen und im Falle persönlicher Ablieferung der Steuermarken bei dem Finanzamte zugleich mit den Marken abzugeben, bei Uebersendung der Steuermarken durch die Post der Sendung beizufügen. Es ist besonders darauf zu achten, daß die Einlagebogen die genauen Steuermerkmale des Steuerbuches 1922 (Vor- und Zuname, Gemeinde, Stand, Wohnung nach Straße und Hausnummer, sowie Nummer des Steuerbuchs 1922) enthalten, damit der Steuerpflichtige in der Liste gefunden wird. Es wird deshalb angeraten, nicht nur die Einlagebogen, sondern auch das Steuerbuch selbst mit abzuliefern oder einzusenden. Dringlich erforderlich ist dabei die Angabe der Wohnung am 10. Oktober 1922, — auf dem Steuerbuch oder der angefügten Empfangsbescheinigung. — An Stelle der Arbeitnehmer können auch die Arbeitgeber die Einsendung oder Uebergabe der Steuermarken übernehmen.

Kaninchenausstellung. Der hiesige Kaninchenzüchter-Verein hat die Kaninchenausstellung des Bezirksverbandes „Auetal" übernommen. Sie findet morgen und übermorgen am 31. Dezember und 1. Januar in der Turnhalle der 8. Knabenbürgerschule statt. Trotz der Ungunst der Zeit hat der Verein weder Kosten noch Mühe gescheut, um die Ausstellung zu einer mustergültigen Schau zu gestalten. In langen Käfigreihen sind alle Rassen der Kaninchen vertreten, vom großen Belgischen Riesen bis zum kleinsten schneeweißen Hermelin. Auch die jetzt für die Volkswirtschaft nicht unbedeutenden Angora-Kaninchen, aus deren Wolle u. a. hochfeine Kleiderstoffe gefertigt werden, sind vertreten. Auch eine Ausstellung für Pelzlachen aus Kaninchenfellen ist angegliedert. Der Besuch der Ausstellung ist lohnend und zu empfehlen.

• • •

Schwarzenberg. Vermißt wird seit 14. November 1922 der am 4. Juli 1905 in Gößnitz geborene Max Paul Lorenz. Es liegt die Vermutung nahe, daß Lorenz Werbeagenten für die Fremdenlegion zum Opfer gefallen ist. Lorenz, 150 cm groß, blond, blaue Augen, trug zuletzt blaue Mütze, Zeltplanjacke, darunter schwarzen Schwitzer, dunkle Hose und Halbstiefel. Etwaige Warnehmungen über Lorenz wolle man der Polizeiverwaltung Schwarzenberg zugehen lassen.

Annaberg. Im 58. Lebensjahre verstarb der Turn- und Gesangslehrer am Realgymnasium, Studienrat Max Wittig. Er stammt aus Meerane und kam 1897 an das Gymnasium zu Schneeberg, Ostern 1909 an das Annaberger Realgymnasium. — Durch gemeinsames Arbeiten mit den zuständigen Behörden und der Gendarmerie wurden durch den hiesigen Kriminalposten in Oberwiesenthal und Bärenstein unerlaubte Ankaufstellen für ausländische Devisen aufgehoben, in denen Millionenwerte beschlagnahmt und an die Staatskasse abgeliefert wurden.

Dresden. Das Weihnachtsgeschäft hat in Dresden stark enttäuscht. Einmal war es die teils verminderte, teils überhaupt geschwundene Kaufkraft breiter Volksschichten, zum anderen das starke Zurückgehen der ausländischen Zahlungsmittel, die dazu führten, daß selbst große Geschäfte häufig von Käufern ganz leer blieben. Es scheint so, als ob ein Käuferstreik eingesetzt hätte und als ob die Verbraucher gemerkt hätten, daß ihre Kaufwut nur zu immer neuen Preissteigerungen führen muß.

Aenderungen in der Sozialversicherung.

Unsere Leser machen wir auf die in der vorliegenden Nummer enthaltene Bekanntmachung des Ortskrankenkassenverbandes in der Amtshauptmannschaft Schwarzenberg besonders aufmerksam. Darnach ist vom 1. Januar 1923 ab durch Satzung des Bezirksverbandes der Amtshauptmannschaft Schwarzenberg die Krankenversicherungspflicht auf Hausgewerbetreibende bis zu einem Jahresarbeitsverdienst von 720 000 Mark ausgedehnt worden. Weiter werden auf Grund gesetzlicher Bestimmungen von diesem Zeitpunkte ab sämtliche Hausgewerbetreibende invalidenversicherungspflichtig. Zuständig ist ohne Rücksicht auf den Betriebssitz des Arbeitgebers oder Auftraggebers diejenige Ortskrankenkasse, in deren Bezirk sich die Betriebsstätte des Hausgewerbetreibenden befindet. Die Versicherungspflicht beginnt